

Press release**Brandenburgische Technische Universität Cottbus****Margit Anders**

12/02/1998

<http://idw-online.de/en/news8053>Organisational matters, Personnel announcements, Science policy
interdisciplinary
transregional, national**Erste Kanzlerin einer Technischen Universität in Deutschland****Die promovierte Juristin und ausgewiesene Wissenschaftsadministratorin, Dr. Ulrike Gutheil, erhält am 2. Dezember Ernennungsurkunde von Minister Reiche**

Presseinformation

123/98

30. November 1998

Ab 1. Januar 1999: BTU Cottbus hat erste Kanzlerin
einer Technischen Hochschule in Deutschland

Die promovierte Juristin und ausgewiesene Wissenschaftsadministratorin,
Dr. Ulrike Gutheil, 38, erhält am 2. Dezember Ernennungsurkunde von Minister Reiche

Ab 1. Januar 1999 hat die BTU Cottbus als einzige Technische Universität in Deutschland (von zwölf Technischen Hochschulen) eine Kanzlerin. Die erst 38jährige, neue Chefin der Universitätsverwaltung, Ulrike Gutheil, ist promovierte Juristin und kommt von der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) in München. Ihre Kenntnisse als Richterin (am Landgericht Bremen bzw. Amtsgericht Bremerhaven) und ihre Erfahrungen aus ihrer bis-herigen Tätigkeit prädestinieren sie für die Leitungsfunktion an der Brandenburgischen Technischen Universität in besonderer Weise. Ulrike Gutheil wurde am 16. Juni 1998 vom Senat der BTU Cottbus einstimmig zur neuen Kanzlerin gewählt. Am 2. Dezember erhält sie in Potsdam von Wissenschaftsminister Steffen Reiche ihre Ernennungsurkunde. Ab 4. Januar 1999 wird sie in an der Cottbuser Universität die Verwaltungsgeschäfte übernehmen und zugleich als Mitglied der Hochschulleitung die künftige Entwicklung dieser Universität mitprägen.

Auf die Frage, warum sie von ihrer verantwortungsvollen Position bei der MPG in München nach Cottbus wechselt, antwortet sie: "Für mich ist diese neue Aufgabe eine enorme berufliche Herausforderung. Nach neun Jahren bei der Max-Planck-Gesellschaft freue ich mich auf diesen Wechsel. Ich möchte gerne beim weiteren Aufbau beziehungsweise bei der Etablierung dieser noch relativ jungen Universität mitwirken und meine Erfahrungen einbringen."

Die Hauptziele ihrer neuen Aufgabe sieht die künftige Kanzlerin in der Anpassung der Verwaltungsstrukturen an die neuen Herausforderungen, die mit der Veränderung durch die Hochschulgesetzgebung einhergehen. Dazu gehören auch

die Aufgaben, die die Einführung der Globalisierung und die Neuordnung der staatlichen Mittelvergabe mit sich bringen werden. "Die Vernetzung der Universität Cottbus mit den deutschen Forschungsinstitutionen so-wie die Kooperation mit den östlichen Nachbarstaaten auf dem Gebiet der Forschung und Lehre betrachte ich als eine ebenso dringliche Aufgabe" sagt Ulrike Gutheil. "Wir werden gemeinsam an der BTU Cottbus daran weiterarbeiten, diese Technische Universität in der Forschungslandschaft fest zu verankern."

Ulrike Gutheil wurde am 11. Dezember 1959 im niedersächsischen Ritterhude geboren und studierte Rechtswissenschaften an der Universität Bremen. Mit dem renommierten Fulbright-Stipendium konnte sie ein Jahr lang an der Arizona-State-University, Tempe, in den USA studieren. Nach ihrem Referendariat am Amtsgericht Bayreuth und am Oberlandesgericht Bamberg war sie als Richterin am Landgericht Bremen und am Amtsgericht Bremerhaven tätig. Vom 1. Oktober 1989 an arbeitete sie bei der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. zuerst als Sachgebietsleiterin in der Rechtsabteilung, ab 1992 betreute sie verschiedene Max-Planck-Institute in allen Haushalts-, Personal und Planungsfragen. Ulrike Gutheil kennt die Wissenschaftssituation der neuen Länder sehr gut, da sie seit 1991 am Aufbau von Max-Planck-Arbeitsgruppen in Ostdeutschland beteiligt war und sich auch einige der von ihr betreuten Institute im Osten befinden. Ulrike Gutheil ist verheiratet und hat eine dreijährige Tochter. Zu ihren Hobbies gehört das Florettfechten, (worin sie mehrfache Landesmeisterin wurde) - eine Sportart, deren Qualität ihr vielleicht im Kampf um die künftigen Ressourcen für die Universität mit Ministerien und anderen Institutionen nur von Vorteil sein kann.